

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44

Der CDU-Landesparteitag möge beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert Maßnahmen zu ergreifen um die Ausbauziele für Windenergie auf See erhöhen

Um die Kosten der Energiewende zu reduzieren sollten im Rahmen einer Ausschreibung die Kosten für die Windparks auf See ermittelt werden. Die erste Ausschreibungsrunde umfasste ein Gesamtfördervolumen für Offshore Windparks (OWP) von 1.550 MW in der deutschen Nord- und Ostsee. Diese sollen zwischen 2021 und 2025 in Betrieb genommen werden, wobei für die Parks in der Nordsee erst ab 2023 Netzanschlüsse zur Verfügung stehen. Insgesamt waren 23 Projekte an der ersten Ausschreibungsrunde teilnahmeberechtigt.

Dreimal erhielt der dänische Energieerzeuger Dong den Zuschlag und einmal der baden-württembergische Stromerzeuger EnWB. Drei Windparkprojekte sollen ohne Bezuschussung durch das EEG realisiert werden. Dieses ist ein Quantensprung für die Offshore Windenergie. Die mit den Geboten dramatisch gesunkenen Preise spiegeln vor allem die durch Industrialisierung und eine steile Lernkurve schnell sinkenden Kosten in der Branche wider und nehmen die technologische Weiterentwicklung der nächsten Jahre bereits vorweg. Den künftigen Ausbau von Offshore Windparks werden die Stromkunden kaum noch durch die EEG-Förderung subventionieren müssen. Mit den Offshore Windparks ist das nun die erste Erneuerbare Energieerzeugung, die ohne Bezuschussung Projekte realisieren will.

Der Ausbaudeckel von 15 Gigawatt bis 2030 wurde in erster Linie eingeführt, um die Kosten der Energiewende im Griff zu behalten. Das Kostenargument kann jetzt nicht mehr angeführt werden, um den Ausbau von Windparks auf See zu reduzieren. Die Bundesregierung ist aufgefordert, auf die Bundesnetzagentur einzuwirken, die Netzanschlüsse in der Nordsee schneller herzustellen aber auch die Netzmodernisierung auf Land zu beschleunigen. Die jährliche Ausbaumenge von 500 Megawatt ab 2021 ff wird wieder einen Fadenriss auslösen, den einige Unternehmen nicht überleben werden. Außerdem wird die prognostizierte Strommenge nicht ausreichend sein, den Bedarf an Energie zu decken, insbesondere auch nicht um die Klimaziele zu erreichen. Durch die Elektrifizierung anderer Sektoren (Mobilität, Wärme, Industrie) und den damit beschleunigten Bau von Elektroautos wird in Zukunft wesentlich mehr Strom benötigt.

Wir fordern die Bundesregierung hiermit auf, die Ausbauziele für die Erneuerbaren Energien und insbesondere der Windenergie auf See nach oben zu korrigieren. Hierzu ist der Netzausbau zu forcieren und bis 2025 müssen die bereits eingetretenen Verzögerungen nicht nur aufgeholt werden, sondern die weitere Netzanpassung konsequent unter Nutzung beschleunigter Genehmigungsverfahren vorgenommen werden. Die Netzanschlüsse und -kapazitäten sind so auszulegen, dass in den dann folgenden Jahren die Offshore Windenergie bis zum Jahr 2030 auf mindestens 20 GW ausgebaut wird und bis zum Jahr 2035 mindestens 30 GW erreicht.